

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 23. Dezember 2008	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>58. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>27.01.2009</b> <b>1658</b> <b>24</b> <b>öffentlich</b>
<b>Überschuldete Haushalte in Karlsruhe</b>		

1. Wie viele Haushalte in Karlsruhe sind derzeit schätzungsweise überschuldet?
2. Wie hat sich die Zahl überschuldeter Haushalte in den letzten 5 Jahren entwickelt?
3. Wie hat sich die Zahl Hilfesuchenden bei den Schuldnerberatungen der Stadt und der Caritas in den letzten 5 Jahren entwickelt?
4. Wie haben sich die Kapazitäten der beiden Schuldnerberatungen in den letzten 5 Jahren entwickelt?
5. Wie lange beträgt derzeit die Wartezeit für einen Beratungstermin a) bei der Schuldnerberatung der Caritas, b) bei der Schuldnerberatung der Stadt?
6. Wie haben sich diese Wartezeiten in den letzten 5 Jahren entwickelt?
7. Ist die Stadtverwaltung der Auffassung, dass diese Wartezeiten durch Kapazitätserhöhung bei den Schuldnerberatungen (v. a. derer der Stadt Karlsruhe) im Interesse der Hilfesuchenden verkürzt werden sollte?
8. Wenn Nein, warum nicht?
9. Von den Bürger/innen, die bei den beiden Schuldnerberatungen (Caritas und Stadt Karlsruhe) in 2007 und 2008 Hilfe gesucht haben, wie hoch ist der Anteil an
  - Familien mit Kindern
  - Alleinerziehenden
  - Hartz IV-Empfängern/innen
  - Seniorinnen und Senioren (Rentenempfänger/innen)?
10. Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, die Gefahr für Bürger/innen sich zu überschulden, zu vermindern?

**Sachverhalt / Begründung:**

Hartz IV und sinkende Renten treiben seit Jahren immer mehr Menschen in die Armut. Mit steigender Armut wächst die Gefahr der Überschuldung. Die Gefahr, auf Dauer der Schuldenfalle nicht mehr zu entkommen, ist groß. Armut plus

Überschuldung schließt aus der gesellschaftlichen Teilhabe aus. Schnelle Hilfe und Förderung der Selbsthilfe sind angesagt. Auch wenn dadurch Armut selbst nicht behoben wird, können eventuell noch schlimmere Folgen abgewendet werden. Wartezeiten von ca. 2 Monaten (letzter Stand) bei den Schuldnerberatungsstellen lassen vermuten, dass deren Kapazitäten nicht ausreichend sind und entsprechender Handlungsbedarf besteht.

unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

16. Januar 2009